

Artikel publiziert am: 25.06.2014 - 15:37 Uhr

Artikel gedruckt am: 25.06.2014 - 20:06 Uhr

Quelle: <http://www.merkur-online.de/lokales/schongau/schongau/dialog-statt-drohgebaerden-3654470.html>

Dialog statt Drohgebärden

Schongau/Riesen - „Alles auf Anfang“. Das ist das Ergebnis eines Gesprächs zwischen dem Verein für sauberes Wasser in Riesen und Vertretern des Landratsamts mit Landrätin Andrea Jochner-Weiß an der Spitze.



Gesprächsrunde im Landratsamt: An der Kopfseite Landrätin Andrea Jochner-Weiß, links daneben Bernhard J. Keller und Friedrich von der Mülbe (Leiter der Abteilung Bau und Umwelt). Vorn rechts sitzt Gesundheitsamtschef Dr. Karl Breu, daneben Lucia Messerschmid (Sachgebietsleiterin Wasser). Vorn ganz links sitzt ein Reporter des BR. foto: spe

Nötig geworden war dies, weil es jüngst wieder brodelte, nachdem dem Verein in einem Schreiben aus dem Landratsamt mit Zwangsgeld gedroht worden war. Jetzt will man zurück zum Dialog finden. Bereits im Jahr 2010 hatte es einen heftigen Disput zwischen den Betreibern der Wasserversorgung und dem Landratsamt gegeben. Im Verein war man der Ansicht, dass seitens des Amts alle nur denkbaren Schritte gegangen würden, um dem Modell Riesen den Garaus zu machen. Die Verantwortlichen im Vorstand, Bernhard J. Keller und Hergen Schütte, kämpften massiv gegen ihrer Meinung nach „Prinzipienreiterei“ und einen Paragraphendschunzel an. Keller brachte es auf den Punkt, in dem er damals sagte: „Ständig neu zu erbringende Gutachten bringen unseren Verein an den Rand des Ruins.“

Hintergrund: Die Wasserversorgung von Steingaden-Riesen existiert seit 60 Jahren, seit der Hälfte der Zeit unter Verantwortung des Vereins für sauberes Wasser. Dabei sorgt der Verein nicht nur mit großem Engagement, sondern auch mit erheblichen materiellen Investitionen für sauberes Trinkwasser. Trotz problemloser Bewährung stimmte man im Jahr 2011 einem zehnmonatigen Untersuchungszyklus zu, der einmal mehr ergab, dass das Trinkwasser nicht zu beanstanden ist. Und auch aus Sicht der Behörden war damit der Weg frei für eine Versorgung ohne Aufbereitung. Bestätigt wurde dies aber erst ein Jahr später.

Doch was sich zunächst als Frieden erwies, währte laut den Betreibern nur kurz. So habe eine Sachbearbeiterin des Landratsamts dem Verein im Januar 2013 zusätzliche Prüfparameter und eine Form der Übermittlungsform der Daten auferlegt, „die nur für das Landratsamt bequem war“, klagt Keller. „Und das unter dem Vorwand, ein gültiges Gesetz anzuwenden. Das stimmte aber nicht.“ Was folgte, waren Forderungskataloge auf der einen, mehrseitige Antwortschreiben auf der anderen Seite. Keller forderte in diesem Zusammenhang, „dass sich die zuständige Abteilung der Behörde als Dienstleistungsunternehmen für den Bürger verstehen und nicht zu einer Straf- und Anordnungsinstanz verkommen sollte.“

Die Meinungsverschiedenheiten und massiven Differenzen gingen sogar so weit, dass sich der Verein vorbehielt, eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Sachbearbeiterin anzustrengen.

All dies ist vorerst jedoch mal vom Tisch. „Wir haben die Thematik besprochen, Stein des Anstoßes ist eine neue Rechtslage“, machte der Leiter des Gesundheitsamts, Dr. Karl Breu, bei dem Gespräch deutlich.

So sei die Trinkwasserverordnung im August 2013 geändert worden, was auch mit EU-Richtlinien zu tun habe. „Es gibt Berichtspflichten, die eingehalten werden müssen“, argumentiert der Chef des Gesundheitsamts. „Auch, wenn dort aus hygienischer Sicht alles wunderbar ist.“

Landrätin Andrea Jochner-Weiß sieht derweil die Zeit für einen Neustart gekommen. Dem Verein attestierte sie genau wie die übrigen Gesprächsteilnehmer, „als Verein mehr Auflagen erfüllt zu haben als eigentlich nötig wäre“. Offensichtlich wurde bei dem Gespräch auch, dass der Ton und die Wortwahl der Mitarbeiterin des Landratsamts bei der Androhung des Zwangsgelds „überzogen und wenig hilfreich“ gewesen sind.

Vor allem am Ton und an der Art der Kommunikation soll deshalb jetzt gearbeitet werden. Ein Drei Punkte-Katalog soll dazu nach den Worten von Karl Breu die Grundlage bilden. So will das Gesundheitsamt dem Verein die Bedingungen mitteilen, unter denen ein öffentlich-rechtliches Schutzgebiet (das ist bislang privat) ausgewiesen werden kann. Zudem soll in der kommenden Woche der Probenahmeplan durchgesprochen werden.

Schließlich einigte man sich noch darauf, dass der formale Umgang miteinander besser werden soll und informelle Gespräche die bisherigen Verwaltungsanordnungen ersetzen sollen. So wollen sich Verein und Vertreter des Landratsamts mindestens einmal jährlich zusammensetzen - auch mit Vertretern von Wasserwirtschaftsamt, Wasserrecht und Gesundheitsamt.

„Die Tür ist in jedem Fall offen. Jetzt müssen nur noch alle durchgehen“, meinte Hergen Schütte namens des Vereins für sauberes Wasser. Und Bernhard J. Keller ergänzte noch: „Wir sind für alles, was der Gesundheit dient, haben nur etwas gegen sinnlose Verordnungen.“

Stephan Penning

Artikel lizenziert durch © merkur-online

Weitere Lizenzierungen exklusiv über <http://www.merkur-online.de>